

## **A n t r a g**

**der Fraktion FREIE WÄHLER**

### **Entschließung**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 18/1800 –

Landeshaushaltsgesetz 2022

### **Vorsorge treffen, Vertrauen schaffen, im Voraus planen: Defizite in der bisherigen Geflüchtetenpolitik der Landesregierung korrigieren**

Der Landtag stellt fest:

Nach einer Meldung der DPA befinden sich Stand 17. März 2022 ca. 14 500 Flüchtlinge aus der Ukraine in Rheinland-Pfalz. Es ist anzunehmen, dass mit Fortdauer des bewaffneten Konflikts ihre Anzahl noch erheblich zunehmen wird. Gleichfalls mit den steigenden Zahlen der Geflüchteten werden auch die Bedarfe an psychologischer und generell ärztlicher Betreuung dieser Personengruppe zunehmen. Hier sollte langfristig und weitsichtig geplant und sollten so schnell wie möglich die Weichen gestellt werden, damit alle Bedürftigen, die hier in Rheinland-Pfalz eintreffen, auch die professionelle Hilfe erhalten, die sie verdienen. Ebenso sollten wir nicht unsere eigene Bevölkerung aus dem Blick verlieren. Die Bereitschaft der Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler ist beeindruckend und begrüßenswert, allerdings muss diese Bereitschaft durch aktives und befürwortendes Handeln aus der Politik gefördert und unterstützt werden. Die Kommunen werden einen erhöhten Bedarf an finanzieller und beratender Unterstützung benötigen, ebenso die aufnahmewilligen Bürgerinnen und Bürger. Sie alle sollten nicht wie in der Flüchtlingskrise 2015/2016 das Gefühl erhalten, alleingelassen zu werden oder dass die Handelnden in der Politik die Übersicht über die Situation verloren haben. Eine konkrete Dokumentationspflicht bei der Ankunft in der Bundesrepublik und eine Überprüfung der Angaben bei der Aufnahme in Rheinland-Pfalz bringt nicht nur verlorenes Vertrauen aus der vergangenen Flüchtlingskrise in der eigenen Bevölkerung zurück, sondern schafft außerdem die Möglichkeit, Familien aus der Ukraine bewusst zusammenzuführen, die vielleicht bei ihrer Flucht getrennt wurden. Zudem würde dies einem möglichen Missbrauch vorschützen, hier sollten wir aus der Krise aus dem Jahr 2015 Lehren ziehen und aus unseren früheren Fehlern lernen, um es besser machen. Auch die großen sich bietenden positiven Chancen zu erkennen, aufzuzeigen und zu ermöglichen die sich uns allen durch diese Krise und im Unglück bieten, werden für uns als Landtag Aufgabe sein.

Wir wollen eine gute freundschaftliche Beziehung zwischen Rheinland-Pfalz und der Ukraine erhalten und vielleicht auch für den Einen oder die Andere einen Neubeginn in erhalten und vielleicht auch für den Einen oder die Andere einen Neubeginn in Deutschland bieten Deutschland bieten und ermöglichen.

Wie gemeinsam mit den anderen Fraktionen in zwei Deckblätter zum Landeshaushaltsgesetz 2022 festgehalten, muss dem erhöhten Zustrom von Geflüchteten aus dem Ukraine Konflikt finanziell festgehalten, muss dem erhöhten Zustrom von Geflüchteten aus dem Ukraine Konflikt finanziell Rechnung getragen werden. Rechnung getragen werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Dass sie sich im Bund für eine Dokumentationspflicht der ankommenden Flüchtlinge einsetzt, um Familienzusammenführungen und Informationsaustausch zwischen Geflüchteten und den in der Heimat Geliebten zu unterstützen und zu ermöglichen. Ebenso um möglichen Missbrauch vorzubeugen und Vertrauen in der Bevölkerung aufzubauen,
2. Den Ausbau der psychologischen und generell medizinischen Betreuungskapazitäten für Geflüchtete voranzutreiben,
3. Den Ausbau der allgemeinen Beratungs- und Anlaufstellen für Geflüchtete und Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger aufzustocken. Ebenso die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Partnern zu fördern und weiter auszubauen,
4. An der Aufenthaltsplanung und allen bürokratischen Schritten sollen die Betroffenen mit ihren Erwartungen frühzeitig und umfassend beteiligt werden,
5. Einen Fahrplan ausarbeiten, der Kriegsflüchtlingen eine schnelle Integration auf den Arbeitsmarkt ermöglicht,
6. Einen Fahrplan zu erarbeiten, um für die Bleibewilligen einen dauerhaften Aufenthalt zu ermöglichen.

Für die Fraktion:  
Stephan Wefelscheid